

Der Todeskampf von Menschewiki und Sozialrevolutionären

Die sozialistischen Parteien Rußlands von 1918 bis 1921

Otto Wenzel

Am 8. Dezember 1917,¹ einen Monat nach dem bolschewistischen Oktoberumsturz, fanden in Rußland Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (Konstituante) statt. Von 707 Mandaten erhielten die Sozialrevolutionäre 370, womit sie eine klare Mehrheit errangen. Die Bolschewiki kamen auf 175, die mit ihnen verbündeten Linken Sozialrevolutionäre auf 40, die Kadetten auf siebzehn² und die Menschewiki auf sechzehn Mandate. Die übrigen Mandate gingen an Vertreter von nationalen Minderheiten und Unabhängige. Die Versammlung trat am 18. Januar 1918 zusammen. Sie wählte den Vorsitzenden der Sozialrevolutionäre, Viktor Tschernow, zum Präsidenten und lehnte eine bolschewistische Deklaration, die alle vom II. Allrussischen Sowjetkongreß am 8. November 1917 erlassenen Verordnungen bestätigte, mit 237 gegen 136 Stimmen ab. Daraufhin verließen die Bolschewiki und später die Linken Sozialrevolutionäre die Versammlung.³ Am nächsten Tag verwehrte die Rote Garde den übrigen Delegierten den Zutritt zur Versammlung. Am 25. Januar 1918 bestätigte der III. Allrussische Sowjetkongreß die von den Bolschewiki und den Linken Sozialrevolutionären gegen die Konstituierende Versammlung eingeschlagene Politik.⁴

Die nichtsozialistischen Parteien verschwanden nach der Auseinanderjagung der Verfassunggebenden Versammlung von der Bildfläche. Die Kadettenpartei wurde für ungesetzlich erklärt, Dutzende ihrer Führer verhaftet. Mit ihnen wurden auch einige sozialrevolutionäre und menschewistische Parteiführer in der Peter-und-Paul-Festung eingesperrt.⁵ Im Folgenden soll die Geschichte der sozialistischen Parteien, der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, dargestellt werden. Die stalinistischen Geschichtsfälscher unterstellten ihnen, in der Periode des Bürgerkriegs (1918 bis 1920) die „weißgardistischen Generale und Interventen“ unterstützt, „konterrevolutionäre Verschwörungen“ angezettelt und „Terror gegen die Vertreter der Sowjetmacht“ organisiert zu haben.⁶

Vertreter von drei sozialistischen Parteien – Linke Sozialrevolutionäre, Sozialrevolutionäre und Menschewiki – wurden vom II., III. und IV. Allrussischen Sowjetkongreß in das Allrussische Zentralexekutivkomitee (ZEK) gewählt. Das ZEK war das nominelle Legislativorgan Sowjet-Rußlands zwischen den Tagungen des Allrussischen Sowjetkongresses, sein Vorsitzender fungierte als Staatsoberhaupt.⁷ Am 14. Juni 1918 schloß die bolschewistische Mehrheit des ZEK die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki aus

1 Der Gregorianische Kalender wurde in Rußland am 14. Februar 1918 eingeführt. In diesem Aufsatz werden auch für die Monate davor die Daten dieses Kalenders angegeben. Der Oktoberstaatsstreich fand nach dem in Rußland damals geltenden Julianischen Kalender am 25. Oktober statt.

2 Konstitutionelle Demokraten, Liberale.

3 Häfner, Lutz: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution 1917/18. Köln u. a. 1994, S. 278.

4 Schapiro, Leonard: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1961, S. 197 f.; Rauch, Georg von: Geschichte des bolschewistischen Rußland. Wiesbaden 1956., S. 100 f.; Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924. Berlin 1998, S. 545 ff.

5 Figes: Tragödie, S. 539.

6 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Berlin 1946, S. 299.

7 Ihm gehörten im Februar 1918 126 Bolschewiki, 97 Linke Sozialrevolutionäre, zwei Sozialrevolu-

seinen Reihen aus. Die übrigen Sowjets wurden aufgefordert, die Vertreter dieser Parteien ebenfalls auszuschließen. Ihnen wurde vorgeworfen, den Sturz der Sowjetmacht herbeiführen zu wollen und der Organisierung bewaffneter Erhebungen im Bunde mit Konterrevolutionären (Lawr Kornilow, Alexander Kolttschak und anderen) überführt worden zu sein.⁸ Der wahre Grund war, daß beide Parteien im Mai/Juni 1918 bei den Wahlen zu den Stadtsowjets in allen Provinzhauptstädten im europäischen Rußland, deren Auszählungen erhalten geblieben sind, die Mehrheit erhalten hatten.⁹

Die Linken Sozialrevolutionäre gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk

Die politischen Ziele der Linken Sozialrevolutionäre unterschieden sich nur unwesentlich von denen der Bolschewiki. Sie waren am Oktoberumsturz beteiligt und stellten etwa 25 Prozent der Mitglieder des Revolutionären Militärkomitees. Allerdings mißbilligten sie, daß Lenin den II. Allrussischen Sowjetkongreß vor vollendete Tatsachen gestellt hatte. Da keine Regierung aus allen sozialistischen Parteien zustande kam, traten sie am 25. Dezember 1917 in den Rat der Volkskommissare ein, um die Gefahr einer bolschewistischen Einparteienherrschaft abzuwenden. Sie stellten sieben von siebzehn Volkskommissaren. Sie lehnten den Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 ab, weil sie für eine Politik des bewaffneten Widerstandes gegen die Mittelmächte eintraten, was auf breiten Widerhall in den Gouvernements- und Kreissowjets stieß. Dabei mißachteten sie die Kriegsmüdigkeit der Bauern, ihrer wichtigsten Klientel. Nachdem der Friedensvertrag am 15. März 1918 auf dem IV. Allrussischen Sowjetkongreß von 67 Prozent der Delegierten angenommen worden war, traten sie aus der Sowjetregierung aus.¹⁰ Sie blieben aber bis Anfang Juli 1918 im Allrussischen ZEK,¹¹ waren in den Sowjets, in der Roten Armee und in der Tscheka¹² vertreten, in der sie einen mäßigen Einfluß ausübten.¹³

Auf dem III. Parteitag (28. Juni bis 1. Juli 1918) der Linken Sozialrevolutionäre wurde eine Resolution über den Frieden von Brest-Litowsk beschlossen. Dieser habe nicht nur die revolutionäre Bewegung in Österreich und Deutschland unterdrückt, sondern auch die Russische Revolution ins Verderben gestürzt.¹⁴ Lutz Häfner setzt sich mit der weitgehend von der sowjetischen Geschichtswissenschaft bestimmten Deutung des „Juli-Putsches“¹⁵ auseinander. Er macht klar, daß das Attentat auf den deutschen Gesandten Wilhelm Graf von Mirbach¹⁶ am 6. Juli 1918 nicht das Ziel verfolgt habe, die Sowjetmacht zu stürzen. Die „Werkstätigen“ sollten vielmehr „zum Aufstand gegen die

tionäre, zwei Menschewiki und fünf Sonstige an. Vgl. Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, S. 362.

8 Aus der Geschichte der Allrussischen Kommission 1917–1921. Eine Sammlung von Dokumenten. Potsdam 1971, S. 217 f.

9 Pipes: Die Russische Revolution. Band 2, S. 377; Brovkin, Vladimir/Fieseler, Beate: Ein Streik in Sowjetrußland. Arbeiterprotest und bolschewistische Reaktion: Elemente von Kontinuität und Wandel im Zeitraum 1918–1920. In: Bochumer Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit Nr. 7/1985, S. 102.

10 Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, S. 623 f., 209 f., 364 u. 389.

11 Pipes: Die Russische Revolution, S. 304.

12 Der Tscheka-Chef Feliks Dshershinski hatte zwei Linke Sozialrevolutionäre zu seinen Stellvertretern ernannt, dem zwanzigköpfigen Kollegium der Tscheka gehörten sieben Linke Sozialrevolutionäre an. Vgl. Wolkogonow, Dimitri: Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf u. a. 1993, S. 180.

13 Figes: Die Tragödie eines Volkes, S. 671.

14 Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, S. 498.

15 Der „Juli-Putsch“ war eine Aktion der Linken Sozialrevolutionäre, deren Deutung von der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“ beeinflusst wurde.

16 Vgl. Wenzel, Otto: Auf verlorenem Posten. Legationsrat Kurt Riezler an der Deutschen Ge-

Unterdrücker der Revolution“, den deutschen „Imperialismus“, aufgerufen werden, worunter sie sich einen Partisanenkrieg vorstellten. Mit dem Attentat auf Mirbach wollten die Linken Sozialrevolutionäre „die Sowjetregierung zu einer außenpolitischen Kurskorrektur, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich“, zwingen. Anhand des von ihm rekonstruierten Zeitablaufs belegt Häfner, daß kurz nach 18 Uhr die bolschewistischen Gardes die 412 Delegierten der Linken Sozialrevolutionäre auf dem V. Allrussischen Sowjetkongreß verhafteten, Linke Sozialrevolutionäre aber erst zwischen 18 und 20 Uhr das Hauptquartier der Tschecha und das Telegrafenamts besetzten.

Der Ausschluß der Delegierten der Linken Sozialrevolutionäre aus allen Sowjets kam einem von den Bolschewiki begangenen politischen „Mord“ gleich. Dreizehn Linke Sozialrevolutionäre, darunter Dshershinskis Stellvertreter Alexandrowitsch, wurden noch am 8. Juli ohne Gerichtsverhandlung erschossen.¹⁷ Die Partei wurde in den Untergrund getrieben. Hunderte wurden verhaftet oder erschossen. „Nach der Beseitigung der Linken Sozialrevolutionäre, die als einzige das gesetzlose Treiben der Tschecha gebremst hatten, begann eine neue Terrorwelle. Ironischerweise waren die Linken Sozialrevolutionäre trotz ihres Engagements für die Tschecha deren erste Opfer.“ Eine kleine Gruppe, die den Juli-Aufstand abgelehnt hatte,¹⁸ hat mit der Partei der Linken Sozialrevolutionären gebrochen und eine „Partei des revolutionären Kommunismus“ gebildet, die für eine Zusammenarbeit mit den Bolschewiki eintrat und diese als „führende Kraft“ anerkannte. Sie versuchte, sich hauptsächlich auf die Bauern zu stützen, fand aber kein starkes Echo. 1920 vereinigte sich diese Partei, nach Abstoßung des rechten Flügels, mit der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) [KPR (B)].¹⁹

Die Sozialrevolutionäre für konstituierende Versammlung

Die Sozialrevolutionäre²⁰ erklärten im Mai 1918 auf ihrem Parteitag, daß die Massen apathisch seien. Daher seien „Abenteuer gegen das Regime“ abzulehnen. Vielmehr sei „vor Ort für demokratische Organisation und Selbstverwaltung zu kämpfen [...] demokratische Ausdauer beginnt sich auszuzahlen, die von den Versprechungen [der Bolschewiki; d. Verf.] Geblendeten kehren zurück“. Die sechzig Delegierten des Parteitags wurden auf Befehl Dshershinskis verhaftet, die meisten aber unmittelbar danach wieder freigelassen.²¹

Nach dem Aufstand der Tschechoslowaken in Sibirien²² bildete sich am 1. Juni 1918 in Omsk ein „Westsibirisches Kommissariat“, das unter der weiß-grünen Flagge der sibi-

sandschaft Moskau im Jahre 1918. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 25/2009. S. 167 f.

17 Häfner: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, S. 548 f., 557, 553 f. 550 u. 567 f.

18 Figes: Die Tragödie eines Volkes, S. 671 f.

19 Lenin: Sämtliche Werke, Band XXV, 2. Auflage. Wien/Berlin 1930, S. 733. Dem Verfasser standen für diese Arbeit Lenins Sämtliche Werke der 2. bzw. 3. Auflage zur Verfügung. Der umfangreiche Anmerkungsapparat der 2. Auflage war noch nicht der stalinistischen Säuberung zum Opfer gefallen. Für die 3. Auflage galt das in eingeschränktem Maße.

20 Auf das in der Literatur gelegentlich verwendete Attribut „rechts“ zur Unterscheidung von den Linken Sozialrevolutionären wird hier verzichtet.

21 Scheibert, Peter: Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922. Weinheim 1984, S. 419 f.

22 Die Tschechoslowaken (dieser Begriff wurde damals verwendet, obwohl noch keine Tschechoslowakei bestand) waren ehemalige österreichisch-ungarische Kriegsgefangene und Überläufer, die nach der Februarrevolution freigelassen und als Legion vom Kriegsminister Kerenski im Kampf gegen Deutschland und Österreich-Ungarn eingesetzt wurden. Nach dem Oktoberstaatsstreich 1917 wollten sie auf der Transsibirischen Bahn nach Wladiwostok fahren, um von der Entente an der deutschen Westfront eingesetzt zu werden. Auf Befehl Trotzki sollten sie entwaffnet werden, wi-

rischen Autonomie für eine möglichst baldige Wiederaufnahme der Arbeit der von den Bolschewiki im Januar auseinandergetriebenen Konstituante eintrat. Es wurde zuerst von Sozialrevolutionären geleitet, die sogar das Weiterbestehen der Sowjets als Vertretungen der Arbeiterschaft gestatteten. Doch bereits am 30. Juni 1918 geriet es unter dem Druck der jetzt auftauchenden ehemaligen Armeeeoffiziere in die Hände gemäßigter Liberaler. Die Sowjets wurden unterdrückt und in Sibirien eine Politik der Wiederherstellung des Privateigentums und der allgemeinen Mobilmachung für eine neue Armee begonnen.²³

Am 8. Juni 1918 wurde in Samara aus fünf der Sozialrevolutionären Partei angehörenden Mitgliedern der Konstituante eine Regierung gebildet, das Komitee der Konstituierenden Versammlung (Komutsch),²⁴ das sich als die einzig legitime Regierung Rußlands betrachtete.²⁵ Insgesamt 101 Mitglieder der Konstituante fanden sich hier ein.²⁶ Unter der Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung!“ kontrollierte das Komutsch ein großes Gebiet an der mittleren Wolga. In einem Aufruf dieser Regierung hieß es unter anderem: „Alle Beschränkungen und Beengungen der Freiheiten, die von den bolschewistischen Behörden eingeführt wurden, werden aufgehoben, und es wird die Freiheit des Wortes, der Presse und der Versammlungen wieder eingeführt [...] Das Revolutionstribunal wird [...] aufgelöst.“²⁷ Das Schicksal dieser Regierung ist charakteristisch für die Tragödie des demokratischen Rußland. Es wurde zwar eine kleine „Volksarmee“ aufgestellt,²⁸ aber die Regierung fand keine große Resonanz. Das Komutsch war nicht bereit, den Fabrikräten freie Hand zu geben, es hob die Nationalisierungsdekrete auf und stellte die alten Eigentumsverhältnisse wieder her, um die Wirtschaft zu neuem Leben zu erwecken und sich die Hilfe der Unternehmer und Kaufleute zu sichern.²⁹ Es zeigte sich jedoch, daß der Kampf gegen die Bolschewiki nicht zu deren Schwächung, sondern zur Stärkung der Reaktion der Gutsbesitzer und Offiziere führte. Diesen stellten sich die Männer der Konstituante-Regierung von Samara nicht energisch genug entgegen. Sie versuchten, Zugeständnisse zu machen, eine Politik, die später sogar vom Parteivorsitzenden Tschernow scharf mißbilligt wurde.³⁰ Am 7. Oktober 1918 wurde Samara von der Roten Armee erobert.³¹

Die Führung der Sozialrevolutionäre, deren ZK-Mitglieder auf Rußland, die Ukraine und Sibirien verstreut waren, wandte sich gegen jeglichen Kompromiß mit der „antidemokratischen“ Politik der Bolschewiki. Sie verurteilte die Intervention und versuchte, die sozialistische Öffentlichkeit des Westens für die Sache des russischen Volkes zu mobilisieren. Die Aufgabe der Organisation sei, „alle legalen und illegalen Formen“ der

dersetzten sich jedoch diesem Befehl. Sie begannen am 20. Mai 1918 einen Aufstand und beherrschten bald ganz Sibirien und den Ural, am 8. Juni eroberten sie Samara. Vgl. *Illustrierte Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland*. Berlin 1929, S. 300 ff.; Borkenau, Franz: *Der Russische Bürgerkrieg 1918–1921*. Berlin 1954, S. 20 f.; Wenzel: *Auf verlorenem Posten*, S. 164, Anm. 38.

23 Chamberlin, W. H.: *The Russian Revolution*, Bd. II. New York 1952, S. 12 ff.

24 Pipes: *Die Russische Revolution*, S. 491 f.

25 Pipes, Richard: *Die Russische Revolution*. Band 3: *Rußland unter dem neuen Regime*. Berlin 1993, S. 49.

26 Hildermeier, Manfred: *Die Russische Revolution 1905–1921*. Frankfurt/M. 1989, S. 270.

27 Lelewitsch, G.: *Die Konstituante von Samara*. Hamburg 1922, S. 12 f.

28 Die Ortsleitung der Menschewiki rief am 11. Juni 1918 zum Eintritt in die Volksarmee auf. Vgl. Krylenko, N.: *Weißer und Roter Terror*. Wien/Berlin 1927, S. 20.

29 Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991*. München 1998, S. 138.

30 Tschernow, Viktor: *Mein Schicksal in Sowjetrußland*. Berlin 1921, S. 53.

31 Figs: *Die Tragödie eines Volkes*, S. 618.

Massenagitation zum Kampf gegen die Bolschewiki in Armee, Genossenschaften und Gewerkschaften zu nutzen.³²

Die Sozialrevolutionäre waren der natürliche Träger des demokratischen Widerstandes und verfügten über große Popularität auf dem Dorfe. Sie klammerten sich an die Hoffnung, zwischen roter und weißer Diktatur eine „dritte Kraft“ zu bilden „und ihr zum Siege verhelfen zu können“.³³ Sie gerieten unversehens in einen höllischen Zweifrontenkrieg hinein, gegen die Bolschewiki und die Kräfte der Reaktion, einen Kampf, der sich verschärfte, als im November 1918, nach der Machtergreifung Admiral Koltschaks in Sibirien, ein weißer Terror gegen Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei einsetzte, von denen eine große Zahl in die Gefängnisse geworfen oder erschossen wurde. Es ist darum nicht verwunderlich, daß ehemalige Mitglieder der Konstituante-Regierung von Samara, unter Führung W. Wolskis, der bis dahin als erbitterter Gegner der Bolschewiki bekannt war, im Dezember 1918 in Ufa-Verhandlungen mit den Bolschewiki über eine etwaige Zusammenarbeit aufnahmen. Das geschah noch vor der Besetzung dieser Stadt durch die Rote Armee.³⁴ Diese Annäherung lag im Interesse beider Seiten, auch der Bolschewiki, die auf dem VI. Allrussischen Sowjetkongreß, der am Vorabend des 1. Jahrestages der „Oktoberrevolution“ in Moskau zusammentrat, den im Juni ausgeschlossenen sozialistischen Parteien den Ölweig der Verständigung entgegenhielten.³⁵

Tschernow sah die Bestrebungen einiger seiner Parteifreunde, mit den Bolschewiki eine „Einheit der revolutionären Front“ herzustellen, mit einigem Unbehagen, obwohl auch er dafür war, den offenen Kampf gegen die Bolschewiki einzustellen, da er die Niederschlagung der Diktatur der weißen Generale für vordringlich hielt. Wolski beging in den Augen der Sozialrevolutionären Partei in dem Augenblick Verrat, als er mit bolschewistischer Zustimmung in einem Aufruf den Rat der Volkskommissare als alleiniges Organ der revolutionären Volksherrschaft anerkannte und nicht – wie versprochen – bei seinen Verhandlungen die Forderung nach Einberufung der Konstituante erhob.³⁶ Trotzdem ist an dem ehrlichen Willen Wolskis nicht zu zweifeln. Dem englischen Journalisten Arthur Ransome sagte er im Februar 1919 in einem Interview: „Jede Intervention wird die Herrschaft der Bolschewiki verlängern, da sie uns zwingt, jede Opposition gegenüber der Sowjetregierung fallenzulassen. Obwohl sie uns nicht sympathisch ist, müssen wir sie unterstützen, weil sie die Revolution verteidigt.“³⁷ Er äußerte ferner die Hoffnung, daß die allgemeine Entwicklung die bolschewistische Regierung zwingen werde, ihre Politik zu ändern oder abzudanken, da die Bauern früher oder später ihren Willen durchsetzen würden.

Den Bolschewiki waren die Männer um Wolski ganz lieb, da sie nun in alle Welt hinausposaunen konnten, daß sich in Sowjetrußland die Oppositionsparteien betätigen dürften. Daß die ausländischen sozialistischen Parteien darauf hereinfließen, bewies der sozialdemokratische *Vorwärts* am 21. März 1919 in einem Kommentar mit der Überschrift „Menschewiki und Bolschewiki“. Zu Gerüchten über die Wiederaufnahme der Menschewiki in die Räte, aus denen sie Mitte 1918 ausgeschlossen worden waren, hieß es dort blauäugig: Die Sozialdemokratie gehe jetzt in die Räte, „um dort ihre Überzeu-

32 Scheibert: Lenin an der Macht, S. 421.

33 Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 135.

34 Ransome, Arthur: Sechs Wochen in Sowjetrußland. O. O. 1920, S. 102.

35 Die Beschlüsse der Sowjetkongresse der RSFSR, Moskau 1939, S. 116 ff. (russ), zitiert in: Carr, E. H.: The Bolshevik Revolution 1917–1923. Band II. London 1950, S. 170.

36 Tschernow: Mein Schicksal in Sowjetrußland, S. 15 f., 18 ff.

37 Ransome: Sechs Wochen in Sowjetrußland, S. 103.

gung und ihr Ideal des internationalen Sozialismus gegen die zerstörerische Politik der Bolschewiki zu verteidigen“.³⁸ Am 26. Februar 1919 gestattete das Allrussische ZEK den sozialistischen Parteien (Menschewiki und Sozialrevolutionären) die Mitarbeit in den Sowjets. Sobald sie jedoch in den Petrograder Sowjet gewählt wurden und dort das Recht auf freie Meinungsäußerung erhoben, war es um sie geschehen. Wolski und seine Mitarbeiter wurden verhaftet. Klarsichtige Kreise erkannten damals schon, daß die Legalisierung der sozialistischen Parteien eine Falle war, die den Tscheka-Organen Gelegenheit geben sollte, deren Mitglieder ohne größere Mühe zu registrieren und schlagartig zu verhaften, sobald es an der Zeit schien. Tschernow wies daher seine Parteimitglieder an, die Möglichkeit, Massenversammlungen abzuhalten und Zeitungen herauszugeben, zu nutzen, dabei aber den Apparat der Partei verborgen zu halten. Und er hatte sich nicht getäuscht: Die Zeitung der Sozialrevolutionäre erschien keine zehn Tage, als die Tschekisten wegen der großen Popularität dieser Partei schnell zu Verhaftungen schritten und die Parteilokale auszuheben begannen – eine Politik, die in den nächsten beiden Jahren beibehalten wurde, obwohl die Legalisierung offiziell nicht aufgehoben wurde.³⁹

Es war ein Katz-und-Maus-Spiel. Die Bolschewiki arbeiteten mit Provokationen, ließen Tscheka-Agenten in die Partei einschleusen, um die illegalen Druckereien und Anschriften prominenter Funktionäre zu ermitteln. Auf die Ermittlung der Wohnung des Parteivorsitzenden Tschernow wurde eine Belohnung von drei Millionen Sowjetrubel ausgesetzt, was 100.000 Zarenrubeln entsprach. Nach wenigen Wochen wurde die Summe auf zehn Millionen erhöht. Trotzdem gelang es vielen Gruppen dieser Partei, den Organen des bolschewistischen Geheimdienstes ein Schnippchen zu schlagen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Sozialrevolutionäre waren diese Form des Kampfes noch aus der Zarenzeit gewohnt und hatten im Laufe der Zeit eine gewisse Routine erlangt, der sehr schwer beizukommen war. Wenn die Verluste dieser Partei dennoch beachtlich hoch waren, so deshalb, weil die Bolschewiki mit ihrer Tscheka einen Apparat geschaffen hatten, der die zaristische Ochrana weit in den Schatten stellte. Tschernow erzählt in seinen Erinnerungen, daß er während der Anwesenheit einer britischen Delegation in Moskau auf einer Massenversammlung, die die Buchdruckergewerkschaft (die letzte von den Bolschewiki unabhängige Gewerkschaft) einberufen hatte, sogar unerkannt einen fünfzehnminütigen Diskussionsbeitrag über die wirkliche Lage in Sowjetrußland halten konnte, der den Gästen die Augen öffnen sollte – um dann schnell seinen Namen zu nennen und in der Masse unterzutauchen. Die Sowjetregierung beantwortete diesen Husarenstreich mit der Verhaftung des Vorstandes der Buchdruckergewerkschaft und dem Verbot von Diskussionsrednern, die nicht vorher den Behörden gemeldet worden waren, in öffentlichen Versammlungen.⁴⁰

Während der Jahre 1919 und 1920 haben die Sozialrevolutionäre gegen die weißen Generale Koltschak, Anton Denikin und Pjotr Wrangel einen unerbittlichen Kampf geführt. Dabei schreckten sie vor keinem Mittel zurück. Ihre Aufstände, Verschwörungen, terroristischen Akte und ihre antitotalitäre Propaganda haben den Zerfall des weißen Hinterlandes, der sich auch auf die Front auswirken mußte, nicht unwesentlich beschleunigt. Es ist darum kein Zufall, daß der sozialrevolutionäre Führer Tschernow in den Augen der russischen Reaktion fast ebenso verhaßt war wie Lenin und daß jeder Sozialrevo-

38 Vorwärts v. 21.03.1919, S. 2. Vgl. auch Wenzel, Otto: „Kommunistenkongreß in Moskau“. Die Gründung der Komintern im März 1919 in Berichten deutscher Tageszeitungen. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 26/2009, S. 6 f.

39 Tschernow: Mein Schicksal in Sowjetrußland, S. 49 u. 21 ff.

40 Ebd., S. 38 ff.

lutionär, der den weißen Truppen und ihren Sicherheitsorganen in die Hände fiel, das gleiche Schicksal erlitt wie ein gefangener Bolschewik.⁴¹

Die Menschewiki für freie Wahlen zu den Sowjets

Etwas anderes war die Position der Menschewiki, die vom ersten Tag der bolschewistischen Herrschaft an jede Unterstützung der antibolschewistischen Kräfte ablehnten. Diese Haltung legten sie schon im November 1917 an den Tag, als Alexander Kerenski mit Unterstützung des Generals Pjotr Krassnow Petrograd zu erobern versuchte. Sie befürchteten damals, daß ein Sieg der gegen Petrograd marschierenden Truppen unvermeidlich den Triumph der Konterrevolution bedeuten mußte. Ihr Ziel war eine Regierung aus Vertretern aller sozialistischen Parteien.⁴² Mit dem Beginn des Bürgerkrieges verbot das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Rußlands (SDA-PR)⁴³ den Parteimitgliedern die Beteiligung an den von tschechoslowakischen Legionären und sozialrevolutionären Gruppen unternommenen Aufständen im Wolgagebiet und in Sibirien. Es sei historisch eine Lage entstanden, „bei der die Arbeiter- und Bauernmassen genötigt waren, ihre revolutionären Errungenschaften vor dem Ansturm der Restauration und der Konterrevolution an der bolschewistischen Front zu verteidigen“.⁴⁴

Im Oktober 1918 hieß es in Thesen, die der Parteivorsitzende Juli Martow entworfen hatte: „Der bolschewistische Umsturz vom Oktober 1917 war historisch notwendig, weil er dadurch, daß er die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit abbrach, das Verlangen der Arbeiterklasse ausdrückte, den Kurs der Revolution ganz ihrem Interesse unterzuordnen.“⁴⁵ Die Menschewiki „hielten an ihrem Bemühen fest, über die Sowjets auf das Regime einzuwirken. Dabei konnten sie sich durch deutliche Anzeichen einer Ernüchterung über die wirtschaftlichen und politischen Resultate des Oktober ermuntert fühlen“. Aber die Renaissance, die sie bei den schon erwähnten erfolgreichen Sowjetwahlen erlebten, gab ihnen keine wirkliche Macht.⁴⁶

Nach dem Aufstand des ehemaligen Sozialrevolutionärs Boris Sawinkow in Jaroslawl (Juli 1918)⁴⁷ erklärte das ZK der SDAPR ausdrücklich, daß es entschieden den bewaffneten Aufstand als Kampfmittel gegen die bolschewistische Herrschaft ablehne. Im Dezember 1918 bezeichnete eine menschewistische Parteikonferenz das Sowjetregime als eine „Widerspiegelung des grundlegenden Widerspruchs zwischen einem der Revolution aufgezwungenen Programm, das unter den gegebenen Verhältnissen utopisch ist, und den rückständigen Bedingungen eines Landes, bei denen dieses Programm ohne festen Rückhalt in den realen Kräfteverhältnissen des Landes nur gegen den Willen

41 Ebd., S. 52 f.

42 Martow, J.: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926, S. 305.

43 Da Lenin auf dem II. Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 in London in einer unbedeutenden Abstimmung die Mehrheit erhalten hatte, nannte er seine Anhänger Bolschewiki (Mehrheitler), seine Gegenspieler Menschewiki (Minderheitler). Diese Bezeichnung ist in die Geschichte eingegangen, obwohl sich diese Partei niemals so nannte. Die Partei Lenins trennte sich 1912 endgültig von der SDAPR und führte die Bezeichnung Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Rußlands (Bolschewiki). Im Jahre 1918 wurde sie auf dem VII. Parteitag in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki), 1925 auf dem XIV. Parteitag in KPdSU (B) umbenannt. Der Klammerzusatz wurde im Jahre 1952 auf dem XIX. Parteitag abgeschafft.

44 Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 311 f. Das einzige ZK-Mitglied, das dieses Verbot nicht befolgte, war Iwan Maiski, der unter Stalin Botschafter in London war.

45 Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land? Texte der Menschewiki zur russischen Revolution und zum Sowjetstaat aus den Jahren 1903 bis 1940. Hamburg 1981, S. 76.

46 Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 135 f.

47 Price: Die Russische Revolution. Band 2, S. 524 ff.

der Mehrheit der Bevölkerung verwirklicht werden konnte“. Darum müsse es durch die demokratische Republik ersetzt werden. Da aber die Parole „Konstituierende Versammlung!“ als Banner und Deckmantel der Konterrevolution benutzt würde, müsse die menschewistische Partei die Sowjetordnung als reale Tatsache und Ausgangspunkt, die Konstituierende Versammlung dagegen lediglich als Fernziel betrachten. Im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges appellierte daher die menschewistische Partei an das internationale Proletariat, für die De-jure-Anerkennung der Sowjetregierung einzutreten. Im Mai 1919 forderte sie auf einer Parteikonferenz die Mitglieder sogar zum Eintritt in die Rote Armee im Kampf gegen die weiße Konterrevolution auf.⁴⁸

Im Juli 1919 beschloß das ZK ein wirtschaftspolitisches Programm, das sich in Teilen wie eine Vorwegnahme der Neuen Ökonomischen Politik (1921) liest. Es hieß dort, daß alles Privatpersonen, gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen überlassen werden solle, was unter den gegebenen Umständen von ihnen besser, schneller und zuverlässiger organisiert werden könnte als vom Staat. Im politischen Teil wurden freie Wahlen zu allen Sowjets aller Werktätigen (also kein allgemeines Wahlrecht!) gefordert. Jeder Partei der Werktätigen (also Menschewiki und Sozialrevolutionären) stehe das Recht auf Versammlungsräume, Papier und Druckereien zu. Schließlich wurde die Abschaffung der Todesstrafe und die Auflösung der Tscheka gefordert.⁴⁹

Darin unterschied sich also die Politik der Menschewiki wesentlich von der Politik der Sozialrevolutionäre, deren Zentrum (unter Tschernow) an der Forderung nach der Konstituante festhielt. Aber auch die menschewistische Partei führte seit dem Sommer 1918 nur eine halblegale Existenz, obwohl es ihr nach dem schon erwähnten ZEK-Dekret vom 15. Februar 1919 gelang, einige Delegierte in die örtlichen Sowjets zu entsenden. Die Behinderung einer wirksamen Propaganda, dauernde Verbote der kleinen menschewistischen Blätter, die meist nur illegal erscheinen konnten, zahlreiche Verhaftungen und Durchsuchungen der Parteibüros durch Mitarbeiter der Tscheka, schließlich die mehr oder weniger offene Stimmabgabe bei den Sowjetwahlen und die Gefährlichkeit einer menschewistischen Kandidatur führten dazu, daß die Zahl der von dieser Partei errungenen Sitze gering war. So erhielten die Menschewiki 1920 im Moskauer Sowjet nur 43 von 1461 Sitzen.⁵⁰ Vereinzelt gelang es ihnen, mehr Delegierte zu bekommen: in Charkow 205, in Jaroslawl 120 und in Kremenschug 78. Wegen der Aufhebung des Verhältniswahlsystems, das anfänglich bestanden hatte, konnten die Menschewiki nicht mehr auf den Sowjetkongreß gelangen.⁵¹ Allerdings kamen ihnen die Bolschewiki hier insofern entgegen, als sie auf dem VII. Allrussischen Sowjetkongreß (Dezember 1919) einigen menschewistischen Führern die Teilnahme gestatteten, allerdings ohne Stimmrecht. Der Menschewik Fjodor Dan sprach bei dieser Gelegenheit mit Sympathie von den sowjetischen Siegen, während der Parteiführer Martow die Verletzung der sowjetischen Verfassung kritisierte und die Apathie der Massen bedauerte, die nach Jahrhunderten der Sklaverei unter der Zarenherrschaft allzusehr bereit waren, alle Verantwortung der Regierung zu überlassen. Er forderte Freiheit der Presse, Versammlung und Koalition, die Unverletzlichkeit der Person und die Einstellung der Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, der administrativen Verhaftungen und des offiziellen Terrors.⁵²

48 Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 311.

49 Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land?, S. 78, 80 u. 84 f.

50 Russische Korrespondenz Jahrgang I (1920) Nr. 6–7, S. 69.

51 Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 317 f.

52 Der VII. Sowjetkongreß. Stenographischer Bericht, Moskau 1920, S. 60 ff. (russ.), zitiert in Carr: Bolschewik Revolution, S. 174 f.

Längere Zeit gelang es den Menschewiki, wichtige Positionen in den Gewerkschaften zu halten. So konnte der Engländer Ransome im März 1919 eine Wahlversammlung von Arbeitern und Angestellten der Moskauer Gewerkschaften besuchen, auf der neben einem Vertreter der KPR (B) auch das ZK-Mitglied der Menschewiki Dan sprach, der sich mit der Bekämpfung der weißen Generale einverstanden erklärte. Gleichzeitig warnte er aber vor einer weiteren Vergrößerung der Roten Armee, da dies ein Anwachsen des Bauernelements bedeuten würde, das wegen der unklugen bolschewistischen Bauernpolitik konterrevolutionäre Sympathien hege. Dan forderte, daß die tatsächliche Macht anstelle der bolschewistischen Bürokratie den Sowjets übertragen und die alte Losung „Alle Macht den Sowjets!“ endlich verwirklicht werde.⁵³ Auch auf dem III. Allrussischen Gewerkschaftskongreß (Frühjahr 1920) hielt ein Menschewik, der Parteivorsitzende Martow, ein Referat, in dem er zum Ausdruck brachte, daß nach seiner Meinung Europa und die ganze Welt in die Phase der sozialistischen Revolution eingetreten seien. Bis zu Verwirklichung der Eroberung der Macht durch das Proletariat werde aber noch viel Zeit verstreichen.⁵⁴

Auf der örtlichen Ebene haben sich im Laufe des Jahres 1919 die Menschewiki wegen des zunehmenden bolschewistischen Drucks immer weniger bemerkbar gemacht. Öffentlich vorgetragene Kritik entzündete sich nur noch an konkreten politischen Maßnahmen oder richtete sich gegen Einzelpersonen. Nur wenn die Unzufriedenheit zu Streiks führte wie im März 1919 in Tula, konnte man die alten Forderungen nach freien Wahlen zu den Sowjets, Streik- und Organisationsfreiheit hören.⁵⁵ Im April 1920 nahm eine in Moskau tagende Konferenz der Menschewiki einen von Martow erarbeiteten Thesenentwurf „Die soziale Weltrevolution und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ an, der in wesentlichen Teilen in das Programm der im Frühjahr 1921 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Internationale 2 1/2)“ einging.⁵⁶ Im Dezember 1920 nahmen Menschewiki und Sozialrevolutionäre zum letzten Mal – ohne Stimmrecht – am Allrussischen Sowjetkongreß teil. Diesmal erhoben sie den Ruf nach der „Gleichheit der Werktätigen“, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und nach einer wirklichen Herrschaft der Arbeiter. Damit legten sie den Finger in die gefährlichste Wunde des Sowjetregimes. Man sieht es den Erwiderungen Lenins an, daß ihm nicht wohl dabei war. Ihm fiel nichts Besseres ein, als diese Forderungen mit den Worten abzutun, daß das alles „Lug und Trug“ und „Politik der Bourgeoisie“ sei.⁵⁷

Das Ende der „letzten politischen Rivalen“

Solange der Bürgerkrieg anhielt, hielten sich die Bolschewiki mit größeren Repressionen gegen die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki zurück, „da sie Moskau gegen die Weißen unterstützten“. Ihre großflächige Verfolgung setzte erst ein, als der Bürgerkrieg beendet war. Im Jahre 1920 begannen die Überwachungen und anschließenden Verhaftungen und wurden 1921 verstärkt fortgesetzt.⁵⁸ Diesem Schicksal konnte man nur entrinnen, wenn man sich durch einen Brief an eine bolschewistische Zeitung von

53 Ransome: Sechs Wochen in Sowjetrußland, S. 98 f.

54 Russische Korrespondenz Nr. 10, S. 47.

55 Brovkin, Vladimir/Fieseler, Beate: Ein Streik in Sowjetrußland. Arbeiterprotest und bolschewistische Reaktion: Elemente von Kontinuität und Wandel im Zeitraum 1918–1920. In: Bochumer Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit Nr. 7/1985, S. 104.

56 Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land?, S. 107. Der Internationale 2 1/2 gehörten u. a. die USPD, die SPÖ und die Sozialistische Partei Frankreichs an.

57 Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XXVI, 3. Auflage. Moskau 1940, S. 63 ff.

58 Pipes: Die Russische Revolution. Band 3, S. 649.

seiner politischen Vergangenheit lossagte, seine „Verirrungen“ zugab und der bolschewistischen Partei Treue gelobte.⁵⁹ Einige haben später sogar in der Kommunistischen Partei Karriere gemacht. Der ehemalige Menschewik Andrej Wyschinski, der im Jahre 1917 einen Haftbefehl gegen Lenin unterzeichnet hatte, war Ankläger in den Moskauer Schauprozessen der Jahre 1936, 1937 und 1938, er wurde 1949 Außenminister der UdSSR und 1952 Kandidat des Präsidiums (Politbüros) des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.⁶⁰ Was mit jemandem geschehen sollte, der den Menschewismus öffentlich manifestierte (Entsprechendes galt für jemanden, der die Ideen der Sozialrevolutionäre propagierte), sagte Lenin auf dem 11. Parteitag der KPR (B) im März 1922: „den müssen unsere Revolutionsgerichte erschießen lassen“.⁶¹ Unter dem Vorwand, sie hätten den Kronstädter Aufstand im März 1921 und die Bauernunruhen im Spätsommer 1921 organisiert, wurden die „letzten politischen Rivalen“ der Bolschewiki vernichtet. Insgesamt 5 000 ‚konterrevolutionäre‘ Menschewiki wurden verhaftet. 1922 fand ein Schauprozess gegen die Führer der Sozialrevolutionäre statt, und im folgenden Jahr wurde die gesamte Partei zu „Volksfeinden“ erklärt.⁶² Die Führer der Menschewiki, Martow und Dan, und der Führer der Sozialrevolutionäre, Tschernow, begaben sich ins Ausland. Die Zentrale der Menschewiki befand sich von da ab in Berlin, die der Sozialrevolutionäre in Paris.⁶³

Die Kaukasus-Republik Georgien erklärte am 26. Mai 1918 ihre Unabhängigkeit. Die Sozialdemokraten, die bei der Wahl der Nationalversammlung Georgiens 82 Prozent der Stimmen erhielten, bildeten eine Regierung, die durch eine erfolgreiche Landreform⁶⁴ die Unterstützung der Bauern erhielt. Die Führer der Sozialistischen Internationale, die 1920 eine Delegation nach Tiflis entsandte, der unter anderen Ramsay MacDonald und Karl Kautsky angehörten, nannten Georgien „das einzig wahrhaft sozialistische Land der Welt“. Am 7. Mai 1920 schloß die Sowjetregierung einen Vertrag mit Georgien, in dem sie seine Unabhängigkeit anerkannte. Die georgische Regierung willigte in einem Zusatzabkommen in die Legalisierung der georgischen bolschewistischen Partei ein und entließ Hunderte von Aktivisten aus den Gefängnissen. Diese wurden zusammen mit der sowjetrussischen Botschaft in Tiflis eine Fünfte Kolonne, die den georgischen Staat destabilisieren sollte. Fünfzehn Tage nach der Anerkennung der Regierung Georgiens durch die europäischen Großmächte, am 26. Februar 1921, überschritten die Truppen der Roten Armee ohne Kriegserklärung die Grenzen des Landes. Nach tapferem Widerstand mußte Georgien am 18. März kapitulieren. Das Land wurde bolschewisiert. Die demokratischen Institutionen wurden aufgelöst. Die Bolschewiki begannen, die Parteien zu vernichten, schafften die freie Presse ab, nahmen die Druckereien und die anderen Lokale der Sozialdemokratischen Partei in Besitz. Ein von Moskau eingesetztes Revolutionskomitee (Revkom) übernahm die Regierung, die Tscheka hielt ihren Einzug.⁶⁵

59 Martow: Geschichte der russischen Sozialdemokratie, S. 319.

60 Wenzel, Otto: Stalins Schauprozesse in Berichten der deutschen und amerikanischen Botschaften. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 23/2008, S. 73, 88 u. a.; Schapiro: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, S. 633.

61 Vatlin, Alexander: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin 2009, S. 80 f.

62 Figes: Die Tragödie eines Volkes, S. 812.

63 Rauch: Geschichte des bolschewistischen Rußland, S. 182.

64 Kautsky, Karl: Georgien. Eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Wien 1921, S. 22, 24.

65 Figes: Die Tragödie eines Volkes, S. 754 ff.; Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien. Berlin 1925, S. 86 f.